



**Information nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)**  
(Erhebung personenbezogener Daten bei der betroffenen Person)

<p><b>1. Bezeichnung der Datenverarbeitung</b> (Nebenstehend eintragen z.B. Baugenehmigungsverfahren, Bibliotheksausweis, Führerschein etc.)</p>	<p><b>Wahrnehmung von Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung</b></p>
<p><b><u>Art. 13 Abs. 1 DSGVO:</u></b></p>	
<p><b>2. Verantwortlich</b> (Name / Kontaktdaten des verantwortlichen Stadtdienstes, der die personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person erhebt)</p>	<p>Stadt Würselen Fachdienst ÖRP Frau Annette Hunscheidt Tel.: 02405/67-216 annette.hunscheidt@wuerselen.de</p>
<p><b>3. Ggf. Vertretung</b></p>	
<p><b>4. Datenschutzbeauftragter</b></p>	<p>Stadt Würselen Armin Herbst Tel.: 02405 67-409 armin.herbst@wuerselen.de</p>
<p><b>5. Zwecke der Datenverarbeitung</b> (z.B. Erteilung / Entzug von Fahrerlaubnissen oder Baugenehmigungsverfahren etc.)</p>	<p>Die örtliche Rechnungsprüfung ist eine verwaltungsinterne Abteilung. Sie prüft, überwacht und begleitet als gesetzliche Aufgabe und im Auftrag des Stadtrates die Arbeit der Stadtverwaltung Würselen. Dabei ist sie unabhängig und von fachlichen Weisungen frei. Sie prüft neben dem Schwerpunkt Finanzen weitere Vorgänge in allen Fachdiensten und berät oder wirkt darauf hin, dass die öffentlichen Mittel rechtmäßig, wirtschaftlich sowie zweckmäßig verwendet werden. Bestandteil ist regelmäßig auch die Prüfung von Vergabevorgängen, die Kontrolle der Einhaltung von Dienstanweisungen und der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems.</p>
<p><b>6. Rechtsgrundlage</b> (Ohne Rechtsgrundlage ist die Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 a) i.V.m. Art. 7 und 8. DSGVO erforderlich)</p>	<p>Die personenbezogenen Daten werden zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen benötigt. Die Datenverarbeitung erfolgt auf Grundlage des Art. 6 Ab. 1 Buchst. C) DSGVO.</p>

<p><b>7. Ggf. Empfänger / Kategorien von Empfängern der Daten</b>  (Bei Übermittlung der Daten an andere Stellen innerhalb oder außerhalb der Stadt Würselen sind diese hier anzugeben, z.B. Fachdienst 2.2 – Steuern)</p>	<p>Die für die Prüfung notwendigen personenbezogenen oder gesellschaftlichen Daten werden gem. Art. 5 Abs. 1 Buchst. C) DSGVO angemessen erhoben und sind auf das für die Zwecke der Verarbeitung notwendige Maß beschränkt (Datenminimierung). Hierzu zählen neben Vor- und Nachname, Geburtsdatum, E-Mail-Adresse und Telefonnummer auch sämtliche Buchungsinformationen, wie beispielsweise Bankdaten etc..  Eine Weiterleitung der Daten, auch im Wege der Amtshilfe, erfolgt in elektronischer Form und/oder Papierform an Behörden, Gerichte, Staatsanwaltschaft oder von der Stadt beauftragte Rechtsanwälte/Wirtschaftsprüfer.  Bei Vergabeproofungen findet eine Verarbeitung von Daten über Unternehmen/Firmen statt, z.B. Firmenname und Anschrift sowie die Rechtsform des Unternehmens.</p>
<p><b>8. Ggf. beabsichtigte Übermittlung in nebenstehendes Drittland außerhalb der EU</b>  (nur zulässig gem. Art. 44 – 50 DSGVO)</p>	<p>keine</p>
<p><b><u>Art. 13 Abs. 2 DSGVO:</u></b></p>	
<p><b>9. Dauer der Speicherung</b>  (falls nicht möglich, die Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer)</p>	<p>Personenbezogene Daten werden dem jeweiligen Prüfungszweck nach unterschiedlich lange aufbewahrt. Die Unterlagen werden teils entsprechend der gesetzlich verankerten Aufbewahrungsfristen vorgehalten. So werden z.B. Berichte über die Prüfungen der Jahresabschlüsse dauernd aufbewahrt; die dazugehörigen Bücher und Aufzeichnungen haben eine Aufbewahrungsfrist von sechs Jahren.  Bei der Prüfung von Unregelmäßigkeiten sowie bei strafrechtlichen Ermittlungsverfahren werden die Unterlagen bis zum vollständigen Abschluss dieser Verfahren vorgehalten.</p>
<p><b>10. Rechte der Betroffenen</b>  (Text nicht verändern)</p>	<p>Betroffene Personen haben insbesondere folgende Rechte, sofern die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind:</p> <p>Art. 15: Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten  Art. 16: Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten  Art. 17: Recht auf Löschung (Vergessenwerden)  Art. 18: Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung  Art. 20: Recht auf Datenübertragbarkeit  Art. 21: Recht auf Widerspruch gegen die Datenverarbeitung  Art. 77. Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde:  Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationssicherheit (LDI) NRW, Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf, Telefon 0211/38424-0, Fax 0211 / 38424-10, E-Mail poststelle@ldi.nrw.de Internet</p>

	www.lidi.nrw.de
<b>11. Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist hier vorgeschrieben durch</b> <small>(Unzutreffendes durchstreichen bzw. digital weglassen)</small>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gesetz</li> </ul>
<b>12. Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist hier für einen Vertragsabschluss erforderlich:</b> <small>(Unzutreffendes durchstreichen bzw. digital weglassen)</small>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Nein</li> </ul>
<b>13. Es besteht hier eine (rechtliche) Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten:</b> <small>(Unzutreffendes durchstreichen bzw. digital weglassen)</small>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ja</li> </ul>
<b>14. Die Nichtbereitstellung der Daten hätte nebenstehende mögliche Folgen</b> <small>(z.B. keine Bearbeitung des Antrages oder Vertrages möglich)</small>	Gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben können nicht erfüllt werden.
<u><b>Art. 13 Abs. 3 DSGVO:</b></u>	
<b>15. Es ist beabsichtigt, die Daten für nebenstehenden anderen Zweck als unter Ziff. 5 genannt weiterzuverarbeiten:</b> <small>(hierbei sind weitere Informationen gem. Art. 13 Abs. 3 zur Verfügung zu stellen!)</small>	Eine Weiterverarbeitung ist nicht beabsichtigt.